

Politischer Wegweiser

Mitteldeutsches Wochenblatt für Freiheit und Vaterland

Streichs, höhere Gewalt und Verleumdung erwidern den Verlag von der Haftung für Druckgering und Entschädigung.
Verlag: Verein der Deutschen Demokratischen Partei, Halle (Saale), Gr. Brauhausstraße 30
Schriftleitung: Halle (Saale), Gr. Brauhausstraße 30, Fernsprecher Nr. 1277

Anzeigenpreis: Für die letztergenannte Seite 10 Mark. - Für jeden Monat 30 Mark. - Für den Rest des Jahres 300 Mark. - Halle (Saale), Gr. Brauhausstraße 30.

Nummer 52

Halle (S.) 24. Dezember 1927

3. Jahrgang

Verwaltung und Verfassung

Die Konferenz der Länder

Der allgemeine Ruf nach einer Reform der Verwaltung, der übrigens nur für einen Teil der Forderungen zugleich das Verlangen nach einer Verfassungsänderung, hat das Reichsministerium, eine Konferenz der Ministerpräsidenten und Staatspräsidenten der Länder nach Berlin einzuladen. Es geht nicht mit Sicherheit fest, ob diese Aussprache tatsächlich schon Mitte Januar stattfinden wird. Aber das ist auch gleichgültig, denn nur äußerster Optimismus kann erwarten, daß diese Besprechung eifrige Ergebnisse zeitigen wird. Bei näherer Betrachtung darf man nicht vergessen, daß die jetzige Regierung dazu so ungeeignet wie nur möglich ist. Es gab wohl Zeiten, denen sich das Zentrum mit dankenswerter Einsichtigkeit an der Einheitsstaat anfertigte. Sie liegen nun gar nicht lange hinter uns und sind doch schon vergessen. Wie in Würtemberg klingt es, daß einmal die Parteien der Weimarer Koalition Preußen seine eigene Verfassung geben wollen, weil sie damals, es war 1919, gemeinsam der Ansicht gewesen sind, daß dieser größte Staat sehr bald in sich aufgehen werde. Das Zentrum unterließ sich in dieser Forderung nicht mehr von den Sozialdemokraten. Heute der warnt kein Führer, der Rheinländer Dr. Heß im selben Anbath die Demokraten, eine solche Wahlrolle auszugeben. Sie würde mit ihr rechtlos scheitern. Auf das Zentrum ist nicht zu rechnen. Es ist jetzt noch weniger denn je, dem die Reichsregierung auf die Bayerische Volkspartei hat den Verfallismus freigegeben lassen. Und die Zentrumspartei? Ein Groß-Preußen wäre heute erwünscht, eine Preußenkommission zwischen dem Reichspräsidenten und dem Reichsministerpräsidenten dem Reichspräsidenten geschaffen werden müßte zwischen dem Reichspräsidenten und dem Reichspräsidenten, wobei selbstverständliche Voraussetzung wäre, daß die Runder nicht das Heft in die Hand bekämen.

Das geklammerte Preußen

Herr Braun ist willig, das haben auch noch seine letzten Reden gezeigt und Herr Höpfer-Schöff hat in seiner Rede nicht recht dem Einheitsstaat den Weg gewiesen. Aber eine nicht allmählich. Mit ihnen im Kabinett sitzen die Vertreter des Zentrums, die sich arg gewandelt haben, und will man die Weimarer Koalition nicht gefährden, so bleibt kaum etwas anderes übrig, als die eigenen Kräfte in die Schuld zu legen, wo sie am tiefsten ist, und sich selber auf bessere Zeiten zu verlassen. Möglich, daß auch einmal im Zentrum der Wind wieder umspringt, aber vorläufig heißt es auch hier: Kaffee alle Hoffnung legen und doch sich umhören. Als größter Staat gibt er im meisten auf, wenn er sich mit dem Reich vermischt. Er bringe ein Opfer, wie er es immer gebracht hat. Nicht haben, das am meisten schreit, und dabei mit seinen sieben Millionen Einwohnern nur ein Schiel dessen zu verlieren, als was Preußen preisgeben würde. Gewiß werden sich viele Länder finden, die sehr dringende die Vereinheitlichung werden. In erster Linie Sachsen, dann Hamburg und die kleinen. Aber ihre Stimmen dringen sicherlich nicht durch. Die Konferenz der Länder wird ohne Ergebnis enden. Hauptfrage bleibt, das man von den Wählern sich den Ansehen gegeben hat, als ob man etwas täte. Einige papierne Resolutionen, die niemandem wehe tun, einige Unterredungen, die ihre Arbeit spüren über Jahre verteilen. Die Entwicklung geht trotzdem weiter. Wohin, wissen wir allerdings heute noch nicht.

Groß-Preußen

Die Sozialdemokratie Preußens drängt offensichtlich auf die Wegführung des eigenen Staates, um so allmählich auch die Bedeutung zum einheitlichen Reich zu bringen. An sich ist der Gedanke durchaus tragbar. Nimmt Preußen all die Kleinststaaten, die in ihm eingelagert sind, Dänen, Sachsen und Thüringen in sich auf, dann dürfte ein Bundesstaat ein Ansehen ohne nennenswerte Bedeutung. Aber gerade das ist es ja, wogegen man sich in Stuttgart und Karlsruhe nicht minder häufig als in München freut. Man darf nicht vergessen, auch die reichsdeutschen Elemente dort unten lieben Preußen nicht. Eine Abweisung aus alter Zeit und eine Erbfolge der monarchischen Vergangenheit, die man lieber noch immer nicht liquidiert hat. Auch Stammesgenossen wirkt sich aus. Der deutsche Osten mit seinem rariem Nationalismus Einigkeit trennt sich von dem kommunistischen Westen und Süden. Und der Rheinländer hat sich immer nur als Westpreußen gefühlt. Damit hat man sich abgefunden. Bessere gegenseitige Kenntnis würde Brücken schlagen, sie jedoch fehlt, und wird auch in Zukunft fehlen. Interessenten scharfen den Haber. Wichtigkeit die Beamtenfrage, die nicht von Berlin aus registriert werden will und dabei verfehlt, daß in den Reichsämtern nur wenige

Altpreußen sitzen. Die schlimmsten Bürokraten entstammen nicht einmal den Gebieten der Ober und Elbe. So wird ein Großpreußen zu fastlicher Unmöglichkeit. Die alte Mainlinie würde sofort wieder lebendig werden. Selbst Herr Remmele, baltischer Staatspräsident, und Führer der Sozialdemokraten hat sich erst kürzlich mit leidenschaftlicher Entschlossenheit für die Eigenart seiner Schwarzwaldbheimat ausgesprochen. Wer den Einheitsstaat will, muß andere Wege wählen. Und sie ist für uns in der Verwaltungsreform vorgeschrieben.

Die deutsche Wirtschaft

Die Spitzenverbände der deutschen Wirtschaft haben vor wenigen Tagen in einer gemeinsamen Rundgebung das Finanzproblem von sich aus hergehört angegriffen und eine Reihe von Forderungen aufgestellt. Man braucht sie nicht bedingungslos zu unterschreiben, und darf sie doch begrüßen, weil sie der Erkenntnis von der Notwendigkeit einer Vereinheitlichung entspringen. Was sie verlangen, ist zunächst eine Art Finanzdiktatur. Persönlich genug, daß sie dort beginnen, wo sie selbst am meisten leiden. Der Steuerdruck erschwert die Konkurrenz auf dem Weltmarkt. Mit der Abfassung einiger Ministerien und Parlamente ist übrigens nicht viel getan. An dem neuen Milliarden Etat des Reiches, zu dem noch die Milliarden der Länder und Gemeinden kommen, werden Abstriche in nennenswerter Höhe nicht erfolgen, wo man einige Ministerien und Parlamente beseitigt. Etwas anders heißt es mit dem Budget des Finanzministeriums gegen die Forderungen der Länder und der Vereinigung von sozialistischen Bestimmungen. Preußen hat in der Vergangenheit etwas Ähnliches getan, nur konnte sich sein Finanzminister gegen die parlamentarischen Systeme nicht durchsetzen. Heute in den Tagen des parlamentarischen Systems ist das anders. Der Minister ist Parteimitglied. Darin liegt die Verengung. Unmöglich verpreisen wir uns von dem Reich nicht, wohl aber von dem Gedanken, der auch angeregt wurde, der Bewilligungsfreudigkeit dadurch einen Damm zu legen, daß wir jedes Einverständnis über den vorgeschlagenen Etat eine zwei Drittel-Mehrheit notwendig ist. Auch die Anregung, für die Verwaltungsreform ein eigenes Gremium zu schaffen, das unabhängig das Notwendige verfügt, ist dankenswert. Gerichte wollen wissen, daß auch das Kabinett ähnliche Ermächtigungen anstellt. Von den Vorschlägen, die dort offenbar gemacht worden sind, scheidet ein Kreis von Parlamentariern ohne weiteres aus. Die Parteien sind von ihren Wählern abhängig, und zu diesen Wählern gehören auch die Männer, die abgebaut werden müssen. Ebenso halten wir vom Reichs-Kabinett als höchste Instanz nicht viel. Aus gleichem Grunde. Dann soll man lieber Männer des allgemeinen Vertrauens aus der Verwaltung der Wirtschaft und dem sonstigen öffentlichen Leben dazu bestimmen, und mit Vollmachten versehen, die der Reichstag in weiser Selbstbeschränkung geben würde. Wenn aber die Wirtschaft fordert, dem Spartomissar größere Befugnisse einzuräumen, so lehnen wir das ab. Diese Behörde hat bisher nur gestiftet, aber nichts geschaffen.

Die Verwaltungsreform

Das Wichtigste erscheint uns eine Reform an Haupt und Gliedern in der Verwaltung. Sie ist unbedingte Notwendigkeit. Was jede Staatsreformzeit bei uns zerstört, was föderalistische Aufgaben hervorruft, und zu gegenseitiger Zählung der Aemter führt, ist der Bürokratismus, der sich breit macht. Die heutigen Zustände wirken geradezu lächerlich. Kein Regierungspräsident kann in seinem Amt auch nur eine Scherfrau anstellen, ohne die Genehmigung des Ministers nachzusuchen, wie zerbrochene Fensterhebel beschäftigt den Inlandszweig zweimal hinauf und zweimal hinunter. Ein kleiner Neubau verlangt unbedingt, daß drei Ressorts ihre Sachverhalte entsenden. Jedesmal mit Essenbafahrt und Tagesreisen. Nur ein Beispiel, das kürzlich in der Öffentlichkeit Aufsehen erregte. Auf einer staatlichen Domäne gibt der Sturm sechs angefallene Pappeln um. Der Förster meldete das pflanzgemäß. Wieder der Inlandszweig und schließlich die Entscheidung, die Bäume haben der nächsten Forstverwaltung zur Verfügung gestellt zu werden. Diese fuhr sie ab und ließ sie öffentlich als Brennholz versteigern. Ertrag 2,50 M. abzüglich 12.— M. Fuhrlohn und die Portofotos, so daß dem Staat ein Reingewinn von minus 11.— M. erwuchs. So geht es immer. Wer glaubt, daß der Einheitsstaat damit aufwärts, irt sich. Man würde vermutlich zunächst ein Ministerium für Vereinheitlichung gründen. Was man brauchen, ist eine Beseitigung des Bürokratismus. Dadurch, daß man den einzelnen Behörden die Rechte erweitert und die mit einer Verantwortung belastet, die heute immer auf die nächsten Vorgesetzten abgehoben wird, die sie dann wieder an das Ministerium weiterleiten. Die Post ist darin voranzugehen, und das wollen wir ihr danken. Ihre Direktoren haben bereits ein gewisses Verfügungsrecht, das sich durchaus bewährt.

Der Einheitsstaat

Sollen wir nun auf den Einheitsstaat verzichten? Mit nichten. Er bleibt das große Ziel, dem wir zustreben, aber erst müssen seine Grundzüge festgelegt werden. Mit Recht hat die demokratische Partei immer in der Vorbergründung die Frage der Dezentralisation gestellt. Die Selbstständigkeit der Gemeinden und Kreise muß größer werden. Sie selbst haben zu entscheiden, was ihnen nicht ist und nicht der grüne Tisch in Berlin. Ein Reichsbewerber würde gar nichts schaden, auch wenn hier und da einmal eine Entgleisung vorkommt. Das zweite ist die Beseitigung der Enklaven, von denen es über 100 gibt. Preußen regiert das in Württemberg eingeschlossene Hohenzollern, Eisenburg einige Ostpreußen und Mitteldeutsch am Rhein. Braunschweig ist völlig zerlegt, so daß sich niemand mehr in seinen Grenzen auskennt. Hessen zerfällt in zwei Teile. Und die dritte Forderung ist Zusammenlegung wirtschaftlich gleichartiger Gebiete. Anhalt und Braunschweig gehören zur Provinz Sachsen wie Saarburg der Saale für Niederachsen in die Provinz und Oldenburg ihren Zu sammenhang mit Hannover gar nicht lösen dürfen. Bei der Schaffung der Landesparlamente hat man den ersten Versuch gemacht. Ein Sturm der Entrüstung wurde erwartet, es ist nur ein schmales Säufeln geworden. Und dabei gehören zum Amt Stuttgart nicht nur Württemberg, sondern auch Baden und die Pfalz. Auf diesem Wege muß es weiter gehen. Man soll vom Einheitsstaate weniger reden, aber umso häßlicher auf ihn hinwirken. Man soll Deutschland so verwalten, als wenn es bereits seine Länder mehr hätte. Dann werden diese eines Tages von selbst an ihrer Lebensfähigkeit zugrunde gehen.

Die Reichsverfassung

So erwünscht auch eine Abänderung der geltenden Bestimmungen wäre, erscheint sie doch hoffnungslos. Eine zwei Drittel-Mehrheit ist dafür nicht aufzubringen, weder in diesem, noch in kommenden Reichstagen. Die Schwierigkeiten werden beginnen, sobald ein Land, wie jetzt Sachsen, im Reich, aufgehen will. Das ist nicht möglich. Artikel 18 gestattet nur das Aufgehen in einem anderen Lande oder in eine neue Selbstständigkeit. Und daran wird ja fest gehalten werden. Internationale man aber selbst diesen Schritt, so würden die Reichsratsstimmen dieses Landes Gegenstand erbitterter Kämpfe. Wer soll sie abgeben? Das Reich? Das erlauben die Länder nicht. Ein anderer Staat? Das verschiebt die Mehrheitsverhältnisse, für die man sich immer wieder einsetzt. Auch sonst erwarten wir wenig, wenn eine Stärkung der Präsidentschaft, die von der linken nie zugegeben werden wird, eine Veränderung des Wahlrechts steht in Aussicht. Nicht einmal die Erhöhung der für eine Wahl notwendigen 60.000 Stimmen auf 80.000 liegt sich erreichen, weil keine Partei auf diese verzichten will. Es hat keinen Zweck, die Dinge ruhiger anzusehen, als sie sind. Der Realpolitiker muß mit dem Gegebenen rechnen. Richard

Die Kosten für Heer und Flotte 1928.

689,8 Millionen Mark.
Aus parlamentarischen Kreisen wird dem Demokratischen Zeitungswort mitgeteilt: Die Gesamtausgaben für die Reichswehr betragen im kommenden Jahr 689,8 Millionen gegen 690,3 Millionen im laufenden Haushaltsjahr. Da nach den neuen Beschlußbeschlüssen etwa 24 Millionen mehr an Personalausgaben zu leisten sind, sind die Sachausgaben entsprechend herabgesetzt und zwar bei der Marine um 16 Millionen, beim Heer um 5 Millionen. Weniger angelegt sind z. B. bei der Remontierung 2, bei den Ausgaben für Waffen und Munition 7 Millionen. Eine Steigerung haben erfahren bei den Sachausgaben für Anlagen für den Ausbau des bürgerlichen Unterrichts, Lehrerhöherungen der Volkshochschulen, Ausbau der militärischen Fernsprechanlagen, erhöhte Postgebühren.

„Deutscher Autoclub“

Für die Reichsarmee Schwarz-Rot-Gold.
Unter dem Namen „Deutscher Autoclub“ hat sich in Berlin eine neue Organisation der Automobilfahrer gebildet. Der „Deutsche Autoclub“ will keine Kampfgemeinschaft gegen die bereits bestehenden Clubs sein, er verfolgt auch keinerlei politische Tendenzen. Er betrachtet es lediglich als seine besondere Aufgabe, für die Würde und Achtung der deutschen Reichsarmee im In- und Ausland einzutreten, eine sportliche und nationale Pflicht, die für alle Automobilclubs der ganzen Welt selbstverständlich ist. Neben wirtschaftlichen Vorteilen will der „Deutsche Autoclub“ seinen Mitgliedern sportliche und gesellschaftliche Veranstaltungen bieten. Anfragen und Beitritts-erklärungen sind an Rechtsanwalt Dr. Arthur Brandt, Berlin W. 50, Trauenenstr. 12a, zu richten.

Außenpolitische Weihnachtsgedanken.

Von Legationsrat a. D. S. Freiherrn von Richthofen, Mitglied des Reichstags.

Die Staatsmänner, die durch die Vorkämpfe die Wiener Kongresses das napoleonische Zeitalter beendet haben, sind von der späteren Geschichtsschreibung wegen ihrer Unzulänglichkeit und Kurzsichtigkeit schwer getadelt worden. Und doch wird man feststellen müssen, daß sie den Männern von Versailles in der Voraussicht kommender Dinge noch erheblich überlegen gewesen sind und keineswegs in folchem Maße von der Krisispolitik befangen ihre Arbeitseinstellung vollbracht haben, wie dies eigentlich ausnahmslos bei allen der Fall war, die als verantwortliche Autoren der den Weltkrieg beendenden Friedensschlüsse des Jahres 1919 gelten müssen. Matthias Erzberger hatte das, als es sich in Weimar um die Unterfertigung unter den Frieden von Versailles handelte, klar erkannt und ist bis zu seinem tragischen Ende nicht müde geworden, immer und immer zu betonen, daß für Deutschland das Gute an dem Versailles Frieden keine tatsächliche Andeutung der Selbsthaltung sei, in der sich die Staatsmänner eigentlich aller großen Länder über ihre eigenen Interessen bei der Verfertigung des Friedens befanden haben. Es liegt in der Natur der Dinge, daß die Nichtigkeit dieser Anschauung mit jedem Jahr, das uns von dem Friedensschluß trennt, immer deutlicher in Erscheinung treten muß. Und auch das jegige zu Ende gehende Jahr 1927 hat die Fortentwicklung dieses Prozesses, den man wohl nicht mit Unrecht als einen der politischen Reingänge bezeichnen kann, andauern lassen.

Die Vereinigten Staaten von Amerika sind es gewesen, denen schon sehr bald, nachdem der damalige Präsident Wilson Paris verlassen hatte, die Sache mit dem Frieden von Versailles nicht geblieben ist. Sie haben die Unterfertigung ihres Präsidenten nicht ratifiziert, erpressungsweise hierdurch aber keineswegs den Willen abgegeben, nun an der praktischen Korrektur der Friedensverträge nicht mitzuarbeiten; vielmehr war es ihnen daran gelegen, ihre hilfreiche Hand lediglich an das Werk des Wiederaufbaues der wirtschaftlichen und damit politischen Zukunft Europas zu legen, ohne sich gleichzeitig an der Tätigkeit des Besiegten unerschütterlich und unumgänglich Paragrafen beteiligen zu müssen. Die Amerikaner haben auch im vergangenen Jahr an ihrer Politik der Abstinenz gegenüber reinpolitischen Vorgängen in Europa festgehalten. Sie sind andererseits aber in ihrer wirtschaftlichen Expansion auf europäischem Kontinent erheblich weitergegangen, als man das noch im Vorjahr annehmen konnte. Sie haben auf diese Weise die Reparationsfrage in Fluß gehalten und durch den Reparationsagenten, den man wohl als ihren Generalvollmächtigen ansprechen darf, zu verschiedenen Malen das Thema der Reparationsabgeltung zur internationalen Erörterung gestellt. Es erscheint geradezu als ein prophetisches Anzeichen für die Bedeutung und das Ziel der wirtschaftlichen Verhandlungen, die uns das Jahr 1928 bringen dürfte, wenn Herr Parker Gilbert in seinem neuesten Bericht den Finger auf die heute noch offene Wunde des ganzen Reparationsproblems legt und die dringende Empfehlung ausspricht, möglichst bald aus dem jetzigen provisorischen System des Darlehens mit zwar bestimmten Jahresleistungen aber unbestimmter Gesamtsumme zu einer endgültigen Festlegung der deutschen Reparationsverpflichtungen zu gelangen. Wenn man hinzunimmt, daß die den Polen gewährte amerikanische Anleihe doch wohl kaum ohne einen deutschen Hinweis auf eine politischerseits zu führende Politik des politischen wie wirtschaftlichen Friedens bewilligt sein dürfte, so kann man der Konsequenz der auf eine Reingänge der europäischen Atmosphäre hinzuleitenden amerikanischen Finanzpolitik die Anerkennung nicht verweigern. Nun wäre es töricht, annehmen zu wollen, daß nicht eigene wirtschaftliche Wünsche mit in dieser Linie die amerikanischen Aktionen auf dem europäischen Kontinent veranlassen. Hierin würde an sich ein gewisses Moment der Unsicherheit liegen, wenn nicht auch die rein politischen Interessen Amerika auf den gleichen Weg führen würden. Nach dem Weltkrieg hat die Politik, die Gesamtamerika den Amerikanern vorbehalten soll, eine immer greifbarere Gestalt angenommen. Und auch das jetzt zu Ende gehende Jahr hat bei Vermeidung aller äußeren Schärpen, insbesondere dem Nachbarstaat Mexiko gegenüber, den entschlossenen Willen des Weißen Hauses in Washington zu einer Festlegung der eigenen Vornamstellung auf dem amerikanischen Kontinent deutlich erkennen lassen. Eine solche Politik läßt neue Friedensstörungen in Europa umso unerwünschter erscheinen, als die wirtschaftlichen Werten doch dauernd die aufmerksamste Beobachtung seitens der amerikanischen Regierung verlangen und die Unsicherheit der dortigen Verhältnisse jederzeit eine Krisis befürchten lassen muß, obwohl die Vereinigten Staaten selbst, ebenso wie Japan sich in Ost-Asien augenscheinlich eine möglichst große Zurückhaltung auferlegen.

Wenn schon Amerika als eine starke Stütze des europäischen Friedens gelten kann, so hat die Entwicklung der Dinge dem britischen Weltreich die Führung einer solchen Politik als einer geradezu eigenen Notwendigkeit gemacht. Das Ende des Weltkrieges sah als Begleiter die drei großen Mächte, die England im näheren Orient hatte, das Deutsche Reich, Rußland und die Türkei. Das hat zu einer gewaltigen Expansion englischer Macht in den Gebieten Vorderasiens geführt, für die Zeit und Ruhe zu gewinnen eigentlich die Hauptaufgabe jedes englischen Kabinetts in den nächsten Jahren sein muß. Das wird sich also umso nötiger erweisen, als der türkische Staat aus seiner Verkleinerung und Konzentration auf das eigentlich osmanische Element neue Widerstandskräfte geschöpft hat und die außenpolitischen Ziele der Sowjetrepublik sich — soweit Wien in Betracht kommt — augenscheinlich nicht allzu sehr von denen des zaristischen untercheiden. Wenn man dann noch die durch das schließliche Problem der englischen Politik bereiteten schweren Sorgen in Betracht zieht, so

erklärt sich leicht der Weg, der Herr Chamberlain nach Locarno und von dort zu einer beabsichtigten Einwirkung auf die nach dem Weltkrieg in Osteuropa geschaffenen Länder und zu einer — wenn auch vorläufigen — Unterstützung des Versuches einer Lösung des durch Versailles entstandenen Diproblems geleitet hat. Das muß auch weiterhin England an die Seite Frankreichs, des militärisch mächtigsten kontinental-europäischen Staates, führen, wenn ihm auch alle hegemonialen Bestrebungen seines Allierten höchst unympathisch sein müssen und die englische Politik mehr der Wiederherstellung des mit Englands eigener Zustimmung zerstörten früher so berühmten europäischen Gleichgewichts zustreben scheint.

Gerade diese Beurteilung zukünftiger englischer Politik dürfte die Erklärung für den Abschluß der Bündnisverträge der letzten Monate geben, die ebenso unerwartete wie fatale Anlässe an die offenen oder geheimen Manipulationen eigentlich aller europäischen Staaten in den letzten Jahrzehnten vor dem Weltkriege aufweisen. Herr Mussolini ist gewiß davon durchdrungen, der souveräne Herr seiner eigenen Entschlüsse zu sein. Englische Diplomaten sind aber immer noch geistig genug gewesen, den Kleineren nicht merken zu lassen, daß es eines größeren Plan ist, zu dessen Durchführung er sich bereit findet. Das bisherige gute Gelingen dieser verschiedenen Aktionen macht es nicht wahrscheinlich, daß im kommenden Jahre bereits dieses äußerst vorsichtige aber darum nicht weniger gefährliche Spiel der Kräfte sein Ende finden wird. Und doch ließe sich ein solches vorstellen, wenn

Weihnacht.

Glodenlänge, die von allen Türmen frohe Botschaft künden, Helle in den Herzen zünden: Vögelglück und Wohlgeschallen

In den Dingen, die, enthoben Aller Tagesunrast, schimmern, Von der Sterne Glanz und Zittern Traumbraut leuchtend überwoben.

Weiß und schweigend ruhn die Fluren. Wie verzaubert ist die Erde, Da mit menschlicher Gebärde Nahet Gott den Kreaturen.

Ferdinand Schläter.

entschlossene, nicht an die Paragraphen der Friedensverträge, sondern allein an eine glückliche Zukunft ihrer Väter und damit an eine Erhaltung gesamt-europäischer Macht und Kultur denkende Männer in Frankreich wie in Deutschland das Werk der Verständigung, für die Locarno doch nur ein erster Wurfakt sein konnte, zu vollenden entschlossen wären. Das allein würde eine wirkliche Befriedigung Europas zum Vorteil auch der beiden großen angelsächsischen Staaten bedeuten können. Aber das wissen sie eben als greifbare Tatsache — ganz abgesehen von der Rheinlandsbeziehung — die unumgänglich Grenzschleife im Osten unseres Vaterlandes und als Impponderabilien ein gegenseitiges in großen Teilen beider Völker wühlendes Mißtrauen, dessen bisheriger Abbau doch nur ein Anfangsstadium darstellt.

Kein objektiver Betrachter der europäischen Politik der vergangenen Jahre wird leugnen können, daß sich die Verhältnisse in der Welt, zuerst naturgemäß langsam, dann aber schneller mehr und mehr zu unseren Gunsten gestaltet haben. Die Unmöglichkeit der vollständigen Aufrechterhaltung der Friedensschlüsse des Jahres 1919 und damit vor allem des Versailles Friedens bildet jetzt das vielleicht von vielen noch stillschweigend aber tatsächlich doch anerkannte große politische Problem Europas. Damit ist Deutschland wieder ein aktiver Faktor internationaler Krisenereignisse geworden. Nur ein neues elementares Kriegsergebnis könnte diese Entwicklung zu nichte machen. Und selbst, wenn wir uns nur damit begnügen, nicht hindernd in die Speichen des Weltrades zu fallen, muß die Periode deutscher auswärtiger Politik erweisen, die wir jetzt unter starkem Einfluß der Deutschnationalen Volkspartei wieder durchleben müssen. Und dabei kann man den Vertretern dieser Partei im Reichstagsrat nicht einmal das Zeugnis ausstrecken, lediglich eine passive Rolle gespielt zu haben. Einige Male glauben sie sich doch auf dem Gebiet der internationalen Politik bewegen zu müssen und sie haben dabei sofort — wenn man es vorsichtig ausdrücken will — Unbedenken für die deutsche auswärtige Politik geschaffen, die auszusprechen Herr Stresemann, erfreulicherweise meistens erfolgreich, bemüht sein mußte. So hat auch die deutschnationale Partei im vollen Gegensatz zu ihren früheren programmatischen Erklärungen unsere auswärtige Politik nicht aus dem Gesetze bringen können. Sie hat dies nicht einmal ernstlich zu versuchen gewagt. Das einzige, was leider die Folge ihrer Regierungstunne gewesen ist, ist eine gewisse Stagnation, namentlich in den gegenwärtigen Bemühungen zur Herstellung vertrauensvoller Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich. Gewiß wird sich dieser Stillstand überwinden lassen. Denn die Unmöglichkeit der Führung einer anderen Politik, als es die der früheren republikanisch und demokratisch eingestellten Kabinete war, hat sich durch die praktisch erfolgte Preisgabe der deutschnationalen Gegnerschaft gegen Locarno nun auch vor dem Ausland in einer Weise herausgestellt, daß in die Stabilität deutscher aus-

wärtiger Politik kein Zweifel mehr gesetzt werden In dieser Hinsicht läßt sich der Beteiligung der de nationalen Volkspartei an der Reichsregierung ein gewisser Nutzen nicht absprechen. Da aber die Lage, in sich unser Staat und unser Volk befindet, seinen Zeit laut duldet und für uns Stillstand höchstschmerzhaft bedeuert wird der Preis, den wir für diese Erkenntnis gezahlt haben und andauern noch entrichten, allmählich zu Es wird Zeit, daß den eigentlichen Trägern des Gebraus einer Verständigung der europäischen Nationen wieder Verantwortung für die Geschicke des Deutschen Reiches vertraut wird und damit die deutsche auswärtige Politik nicht wie in letzter Zeit zögernd und widerwillig, dern von neuem aus innerer Überzeugung und von Trieb nach vorwärts befeuert, in den Dienst der Friede boshaft des Weihnachtsfestes aller Christen stellt.

Weihnachten für Kleinrentner

Von Dr. Marie Elisabeth Lüders, Mitglied des Reichstags.

Die Beratung des demokratischen Antrages Schaffung eines Kleinrentnerversorgungsgesetzes hat noch ein politisches Nachwort nötig, damit volle Klarheit über das, was geschehen ist, geschaffen wird. Der Reichs arbeitsminister, der dem Zentrum angehört, hat sich sozialpolitischen Ausschuss des Reichstages gegen die Beratung des demokratischen Antrages gewandt. Statt dessen wurde von der Regierung vorgeschlagen, die Beratung zu verschieben bis zur Beratung des Etats und des er gütlichen Finanzausgleichs zwischen dem Reich und den Ländern. Dieses Verlangen wurde damit begründet, ein Kleinrentnerversorgungsgesetz mit großen Kosten verbunden sein werde, und man deshalb vorher den Umfang dieser Kosten kennen und wissen müsse. In der Beratung wurde sodann den Rentnern versprochen (1. d. man den Rest der bekannten 25 Millionen Beihilfe (gegen 11 Millionen) sogleich auszahlen werde, daß die Rentnern sichere Handhaben zur Durchsetzung ihrer berechtigten Ansprüche geben werde, und von dem Arbeitsrecht des Reiches über die Länder für die Durchführung des Reichsgesetzes entscheidenden Gebrauch gemacht werde.

Die Vertreter der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei, die Zentren, und die Bayerischen Volkspartei erklärten sich für die Annahme des Verantrages, der die Rentner von neuem auf eine ungewisse Zeit vertreibt. Diese Zeit ist deshalb ungewiß, weil es absolut unsicher ist, ob und wann endlich der endgültige Finanzausgleich zu Stand kommen wird.

Es widersprechen dem Verantragsentwurf die Demokraten, die Sozialisten und die Kommunisten. Ihre maßgebenden Ausführungen zugunsten der Kleinrentner müßten nicht.

Bei den Kleinrentnern erweckt das finanzielle Gemische, obgleich für die Erfüllung ihrer beherrschenden Ansprüche auch nach Ansicht der Regierung nur gegen 16 Millionen, also die Hälfte bis ein Drittel der Kosten für das Schlußgesetz entfallen würden. Und diese Kosten ver mindern sich durch den natürlichen Ablauf der Dinge von Jahr zu Jahr automatisch, sind doch schon heute mehr als 75 Prozent aller Kleinrentner über 60 und gegen 43 Prozent über 70 Jahre alt! Also auch in Bezug auf die zu künftigen Kosten liegen die Dinge gerade umgekehrt wie beim Schulgesetz. Auch die Demokraten sind der Ansicht, daß die Kostenfrage erstinst und sorgfältig zu prüfen ist — deshalb hatten sie schon vor Monaten von der Reichsregierung verlangt, daß sie Unterlagen für die finanziellen Berechnungen beschaffen solle. Das hat sie bis zum heutigen Tage nicht getan! Statt dessen verzagt man bei der Beratung, und macht es dadurch unmöglich, sich über die mögliche Gestaltung des Gesetzes und die dadurch bedingte eventuelle Höhe der Kosten zu beraten. Der Erfolg dieser Verschleppung wird sein, daß man sich bei der Entschreibung von neuem auf das fahlen finanzieller Berechnungen berufen, und die Sache deshalb abemals verschiebt. — So kommen die Kleinrentner dank der Parteien, von denen die Deutschnationalen Abgeordnete Frau Paula Müller-Diedrich in einem Artikel der „Kreuzzeitung“ behauptet, daß „in ihnen die trägensten Förderer der Kleinrentner sitzen“ (weshalb die Genannte gegen den demokratischen Gesetzesantrag gestimmt hat), von Frühjahrsregen der 25 Millionenentscheidung in die Wintertraufe des Verantrages.

Den Rentnern wird die Auszahlung der restlichen 11 Millionen versprochen. Damit erhalten sie nicht einen Pfennig mehr, als ihnen bereits im Mai zugezogen war. Die Demokraten waren damals Gegner der Bewilligung von 25 Millionen für die Kleinrentner, weil sie von solchen Almosenbeschlüssen durch den Reichstag nur eine Verschleppung des notwendigen Versorgungsgesetzes befürchteten. Die Tatsachen haben ihnen leider nur zu recht gegeben. Eine wirkliche Hilfe konnte aus jenen 25 Millionen nicht kommen, denn die Summe reichte doch nur zu einer einmaligen Unterfertigung dessen Falls in der Höhe des laufenden monatlichen Rentenbetrages. Rechnet man diese Summe auf den Kopf und Tag für die Rentner nun, nach der Zeit, die seit der Bewilligung der 25 Millionen (30. Mai 1927) für die Schaffung des verlangten Gesetzes nutzlos verstrichen ist, so hat ein Rentner, der 50 Mark monatlich Rente bezieht, und das ist nur ein kleiner Teil, die in inzwischen verstrichenen 180 Tage 36 Pfennige mehr erhalten. Bis zum Abschluß des Etats werden es nur noch gegen 20 Pfennige sein, bis zur Verabschiedung des Finanzausgleichs vermutlich der Bruchteil eines Pfennigs! Wirklich eine „aktive Förderung“.

Den Rentnern wird sodann eine Sicherheit für die „Durchführung ihrer berechtigten Ansprüche“ versprochen. Was heißt „berichtig“, und wie denkt man sich jene „Sicherheit“? Davon hat die Regierung im Ausschuss let-

ichts gefaßt! Es gibt nur eine einzige wirkliche Arbeit, das ist die Mehrheit der Kleinrentner in den Gewerkschaften. Daß man ihnen diese nicht geben darf, wird wohl kein Mensch zweifeln — auch die Gewerkschaften nicht. Es ist also ein völlig leeres Echo. — Aber der Reichsarbeitsminister auf seinem Auftrittsrecht gegenüber den Kleinrentnern. Wir haben wiederholt energisch erklärt, daß man von diesem Rechte Gebrauch machen aber stets wurde uns erwidert, daß man wirksam aber dazu nicht befähigt — also blieb alles beim Alten. — Wir werden in allen öffentlichen Sitzungen der sogenannten „Kleinrentner“ und aller noch so tollen „Erlasse“ des Arbeitsministeriums diesem entgegen, glücken an das zuständige Land weiter, von diesem die Forderung und an die Einzelgemeinde, oder der Befugnis zum Richter in eigener Sache an, daß er gegen sich selber und sein oft skandalöses Verhalten Stellung nehmen solle, ist beim besten Willen nicht ihm zu verlangen.

Die Demokraten haben volles Verständnis für diese die Frau Müller-Dörfler aufstellt, und dabei die an dem Schicksal des demokratischen Antrages erkennbar allein dem Zentrum in die Schlinge über, was wir nicht recht verstehen können, ist mit, mit dem Bewußtsein, daß ein besseres Wissen nicht werden. Es wird behauptet, um den demokratischen Antrag als demagogisch hinzustellen, daß die Delegation bis dahin für den Beschluß der Kleinrentner zur Forderung gekämpft haben! Wann und wo haben sie getan? Auch die volksparteiliche Abgeordnete Dr. M. H. die bei den letzten Wahlen aller Welt die Unterstützung von 70 Prozent und mehr versprochen, die Behauptung aufgestellt, daß die Demokraten, seit Interesse für die Kleinrentner gezeigt hätten, bei tausenden Menschen ist ein solches Maß von Geduld erkaufte. Im öffentlichen Leben beschränkt, etwas liebenswürdigere als „Zerrum“. Wir werden uns solcher Irrtümer nicht schuldig machen. Dessen ungeachtet, was wir sehr gut, daß die demokratischen Arbeiterpartei sich im Reichstag, in den Ausschüssen, in Resolutionen, in Anträgen und in anderen Worten stets lobhaft für die Kleinrentner eingesetzt haben! Wann diesen Worten die Taten folgen, warten wir in Ruhe ab. Die Tat, mit der wir uns nicht, Redner“ für die Vertagung des demokratischen Antrages auf die Schöpfung eines Kleinrentnervereins genehmigt haben, kann allerdings nicht sehr ermutigen.

Minister Dr. Schreiber über Gegenwartsfragen des deutschen Mittelstandes.

Ortsgruppe Merseburg des Mitteldeutschen Landtages hielt am 16. 12. eine öffentliche Versammlung, zu der Herr Minister Dr. Schreiber einen Brief das genauere aktuelle Thema übernommen. Man kann es nur begrüßen, daß die Ausführungen des Herrn Minister die reifste Zustimmung der erschienenen Anwesenden, unter denen auch die Vertreter der Verbände zu sehen waren, fanden. Man kann hier mit gleicher Bestimmtheit sagen, daß Herr Minister Schreiber als preiswürdiger Handelsminister nicht nur Wort, sondern auch in seinem aktiven Einwirken ein weitgehendes Verständnis für die berechtigten Wünsche des gesamten Mittelstandes stets bewiesen hat, das dies auch in weitesten Kreisen des deutschen Volks und gewerblichen Mittelstandes volle Anerkennung findet. Dafür liegen als Belege zahlreiche Urkunden an den Minister aus den betreffenden Kreisen, und auch der letzte der Bestimmungen, Wähler und Stadterwählter durch die Landesversammlung, namens der Verammlung an den Minister gerichteter Brief, fanden auch die warmen Worte des Herrn Minister Dr. Schreiber, in denen er einer Kampferklärung aufforderte, sich vor einer Kampferklärung in den Reichstagen durch Ansuchen an die Regierung zu hüten. Eine gute Wirtschaftsgruppe nur auf dem Boden einer guten Gesamtpolitik.

Kein Berufstand in unserem Vaterlande dürfte so dem reinen Selbstbewußtsein und als solchen gegen. Jeder Beruf hat die ihm zukommende Würde, seine eigenen Interessen in der Gesamtheit des Volkes einzuliefern. Dazu müßte der Handwerker und gewerbliche Mittelstand seine Vertreter in die Parteien hineinziehen. Aufgabe dieser sei es, die Interessen des Mittelstandes als heranzuhelfenden unseres gesamten Wirtschaftslebens in der politischen Vertretung in entsprechender Weise zu würdigen. Gleiches wies der Minister in seinen Ausführungen an, daß das deutsche Handwerk trotz fortschreitender Modernisierung und Bildung von Großbetrieben schon fernab mit der Entwicklung Schritt gehalten hat, was von großer Bedeutung als Konjunktur und Produktivität ist. Eine besondere Aufgabe ist ihm auch weiterhin durch die

Erziehung zur Qualitätsarbeit. Durch Qualitätsarbeit lasse sich der Absatz deutscher Waren auch im Export stärken. Wer dem Mittelstande würdige und seine Wichtigkeit anerkennende, seine Konkurrenz aber auch bereit sein, die staatlichen und gewerblichen Einrichtungen, beispielsweise die Gewerkschaften, mit allen Kräften zu fördern. Auch Gewerkschaften in Deutschland müßte es aber eine wichtige Bedeutung der Qualitätsarbeit bedingende eine ernste Warnung vor Bestrebungen, die Güter allgemein zu vernachlässigen. Jeder Facharbeiter habe berechtigten Anspruch auf Entlohnung wie ein ungelerner Arbeiter. Das

Gegenteil erfordere jedes geistige Bestreben und jeden Fortschritt.

Eine wichtige Frage sei die Gewinnung der für den Kleinbetrieb erforderlichen Betriebsmittel. Die bisherige Kreditgewährung habe viel zu schematisch gearbeitet. Als Geber langfristiger Kredite, und nur solche kämen für den Mittelstand zweckmäßig in Frage, können besonders die Sparkassen und auch die Genossenschaftskassen angeprochen werden. Eine nicht zureichende Einseitigkeit bedeute es, wenn der Mittelstand zwischen sich und den Konsumvereinen eine unüberbrückbare Gegenpartei sehe. Unbedingte Anerkennung verdiene aber die Forderung, in der Gewerkschaften die Konsumvereine nicht zu bevorzugen.

Schon vor Jahren habe er selbst als Abgeordneter gerade auf diesem Wirtschaftsbereich dieses Recht für alle gefordert und werde diesen Standpunkt weiter vertreten. Wehrlich liege es auf dem Gebiete der staatlichen und gemeindlichen Regierbetriebe. Bilden sie einestels für gewisse Betriebszweige (Gas, Wasser, Elektrizität) eine Notwendigkeit, so sei es andernfalls völlig falsch, diesen Großbetrieben alle möglichen Kleinverkaufsstellen anzugleichen und den steuerzahlenden Mittelstand Konkurrenz zu machen. In gleicher Weise sei auch der Behördenhandel in Büroräumen usw. als ein Uebelstand auszumergen. Anerkennung müsse jedoch der Handwerker- und gewerbliche Mittelstand, daß er an einer angemessenen Bezahlung von Beamten und Arbeitern selbst das größte Interesse habe.

Nur die Kaufkraftigkeit der breiten Massen könne den Umsatz haben, wobei man sich davor hüten müsse, einen verstärkten Umsatz durch Preiserhöhung wieder aufzuheben zu lassen.

Eine der berechtigtesten Forderungen sei die einer Reform der Gewerbesteuer. Anstreben sei vor allem die Festsetzung einer wesentlichen höheren Freibetragsgrenze. Eine Senkung der Realsteuern werde aber erst bei völligen Finanzausgleich erreichbar sein. Umso unangenehmer aber müsse angesichts unserer schweren Wirtschaftslage die Bestimmung einer Konjunkturalsteuerung unserer Volkswirtschaft werden, da dadurch eine neue Ausgabe von Hunderten von Millionen verursacht würde. Wer der Wirtschaft helfen wolle, der müsse deshalb auch für eine Verminderung aller Ausgaben und die durchgreifende Vereinfachung der Verwaltung in einem dezentralisierten deutschen Einheitsstaat eintreten.

Lassen Sie uns, so schloß Minister Dr. Schreiber seine mit anhaltendem Beifall aufgenommenen Ausführungen, dafür arbeiten, daß unser Volk vor dem Unglück bewahrt wird, in zwei Schichten — Arbeitgeber und Arbeitnehmer — die sich gegenseitig bekämpfen, zu zerfallen. Das im deutschen Mittelstand lebendige Gefühl, sich als bodenständige Volksteile auch als Hüter von Ruhe und Stetigkeit im Staatesbewußtsein zu wahren, ist für mich immer wieder ein erneuter Ansporn, alle Kräfte zu seiner Förderung und damit zur Wohlfahrt von Volk und Vaterland einzusetzen.

Die Rede von Herrn Minister Dr. Schreiber in der halleischen Presse.

Die Rede, die Herr Minister Dr. Schreiber im Handwerkerbund in Merseburg gehalten hat, wird in der halleischen Presse, jenseit ihrer politischen Einstellung gewürdigt. So haben die „politisch neutralen“ halleischen Nachrichten einen M. L. Bericht gebracht, der so farblos gehalten ist, daß er alles verschweigt, was der Minister über die Bedeutung des deutschen Handwerker- und Mittelstandes und über seine eigene Auffassung von den Gegenwartsaufgaben dieses gesamten Mittelstandes gesagt hat. Also ein Bericht, der in seinem nichtselbständigen Inhalt für eine bis zum Uebermaß getriebene „Neutralität“ von symptomatischer Bedeutung ist.

Aufrichtiger ist die Rechtspreffe. Aber sie ist verkehrter Meinung. Die Deutschnationale „Allgemeine und Saale-Zeitung“ hebt den sehr guten Besuch der Versammlung hervor und bringt einen durchaus objektiv gehaltenen Bericht, in dem die Bedeutung dieser Ministerrede für den Mittelstand und auch für die Allgemeinheit zum Ausdruck kommt. Anders die „Halleische Zeitung“. Ihr scheint diese Rede des preussischen Handelsministers und die öffentlichkeitsrechtliche Anerkennung, die dem Minister gerade aus Mittelstandskreisen für sein Wirken gezollt wird, ein großes Unbehagen zu bereiten. Dem Besuch der Versammlung bescheinigt sie im Gegensatz zu ihrer oben erwähnten politischen Freundin als „Mißglück“, trotzdem von Halle 20 (manzig) Parteifreunde mit dem Minister mitgefahren seien. Schon dies ist ein Beweis für die Verlogenheit der „Halleischen Zeitung“, da sie an die zwei Parteifreunde, die Herrn Minister Dr. Schreiber auf der Fahrt von Halle nach Merseburg begleiteten, einfach eine Null anhängt und so aus 2 Personen 20 macht. — Dann meint sie, der Handwerkerbund habe nicht recht gewählt, man solle künftig lieber einen Mann der Rechte dazu auszeichnen. Und dann dreht sich alles, was Minister Dr. Schreiber über Konsumvereine, Gewerkschaften, Reichsschulgesetzgebung und über die Stellung des Reichspräsidenten sagte, so herum, wie es eine politisch verdohte Art eben herumzudrehen vermag. Auch der Verammlungsleiter, Herr Treibberger, wird nicht gelohnt, denn er hat ja die Hände auf sich geladen, den Minister nicht allein für seine Worte in Merseburg, sondern für sein Eintreten für den Mittelstand überhaupt zu danken.

Kurz und gut, die „Halleische Zeitung“ ist schwer verzerrt. Das aber ist das übliche Zeilen für eine wirkungsvolle Tätigkeit desjenigen, über den sie sich ärgert.

Auch die sozialdemokratische Presse hat einen Bericht gebracht. Dieser ist zunächst auch objektiv gehalten. Dann aber vergleicht das „Volksblatt“ die Ministerrede mit einer „kleinen Volksrede“ an den Mittelstand. Daß Dr. Schreiber auch die Konsumvereine zur Steuer herangezogen wissen will und so gewissermaßen gleiches Recht für alle fordert, ist ihre Beschränkung, darin eine Abkehr von der Auffassung und den Bestrebungen des verstorbenen Schulze-Deichstich zu recht zu konstatieren. Dann schließt das „Volksblatt“ einen Satz: Denn Dr. Schreiber hat nicht die Regierbetriebe an sich, wie der Volksblattbericht es hinstellt, verurteilt, sondern nur die Angliederung von Kleinverkaufsstellen an diese Betriebe, da damit dem steuerzahlenden Mittelstand ganz und umdringende Konkurrenz gemacht wird. Schließlich tritt deutlich die parteipolitisch-sozialistische Auffassung aus dem Bericht hervor. Das „Volksblatt“ meint, daß der Mittelstand den Konjunktur des Jell über die Ohren ziehe, und solange das geschieht, habe es keinen Zweck, für den Mittelstand einzutreten. Damit ist aber auch wohl die Quelle dieser Kritik bloßgelegt. Die demokratische Politik und besonders die des preussischen Handelsministers findet Eingang und Anerkennung im Mittelstandskreise, die sozialistische Politik dagegen nicht. Also...!

Man sieht, es stehen demnach 34 Wochen. Die demokratische Partei weiß, daß sie weiter den politischen Gegnern Recht nach denen links zu Gefallen arbeiten darf. Diejenige Weg geht besonders deutlich auch der preussische Handelsminister, und die Kritik der politischen Gegner beweist am besten, daß der von ihm eingeschlagene Weg der richtige ist.

Waldverkauf an Großhändler!

Nettmüßige Methoden des preussischen Domänenfiskus. Immer wieder ist nicht nur von den republikanischen Parteien, sondern auch von den zuständigen Ministern in Preußen die Notwendigkeit betont worden, aus staatspolitischen, volkswirtschaftlichen und anderen Gründen den großen Lattjundienbesitz zugunsten einer weitestgehenden Siedlungspolitik zurückzuziehen. Man weiß zur Genüge — und erst die kürzlich veröffentlichte Siedlungstatistik beweist das wiederum —, wie mager die Ergebnisse der Siedlungstätigkeit der letzten Jahre infolge der bürokratischen Hemmnisse gewesen sind. Daß aber das preussische Landwirtschaftsministerium bzw. der preussische Domänenfiskus seine Hand dazu bietet, durch Abgabe wertvollen staatlichen Forstbesitzes den vorhandenen Lattjundienbesitz noch zu vergrößern, wirkt doch ein bedauerliches Licht auf die vom Landwirtschaftsministerium befolgte Praxis.

Der preussische Domänenfiskus hatte, wie jetzt bekannt wird, die Absicht, einen bei Hirschleben gelegenen Waldbesitz von ca. 3000 Morgen Größe an den Großgrundbesitzer von Alsborg zu Meindorf, der bereits gegen 9000 Morgen Land und Forsten besitzt, zu einem verhältnismäßig niedrigen Preise zu verkaufen. Durch einen Zufall ist von den Kaufpreisanforderungen, die auf Wunsch des Herrn v. Alsborg geheim gehalten waren und von dem Abschlusse standen, in der Öffentlichkeit etwas bekannt geworden, so daß auf Veranlassung der demokratischen Stadtverordnetenfraktion die Stadt Hirschleben gerade noch rechtzeitig gegen den beabsichtigten Verkauf Einspruch erhoben konnte. Wie wir hören, ist von den zuständigen Behörden eine Nachprüfung der Angelegenheit angeordnet, die hauptsächlich zu dem Ergebnis führen wird, daß die Interessen der Stadt und des Kreises Hirschleben in gebührender Weise berücksichtigt werden. Der Stadt Hirschleben vor allem, die über Waldbesitz zum Verkauf, vom Großgrundbesitzer zum großen Teil eingeschlossen ist und deren städtebauliche Entwicklung nach der Seite des fiskalischen Waldbesitzes tendiert, muß Gelegenheit zum Kauf der für ihre spätere Ausdehnung benötigten Teile des staatlichen Forstbesitzes geboten werden. Es ist eine alte Erfahrungstatsache, daß gerade am Walde die öffentlich-ökologischen Interessen mit den privaten, finanziellen und ideellen Interessen nur zu leicht kollidieren. Entscheidend muß der Umstand sein, daß durch den Uebergang des Waldes aus öffentlicher in privaten Besitz für die Zukunft die Möglichkeit begründet wird, die Interessen der Allgemeinheit zugunsten eines Einzelnen zurückzuführen. Wenn schon der preussische Domänenfiskus der Ansicht sein sollte, daß eine Vermehrung des staatlichen Waldbesitzes nicht erwünscht sei, so müßte er doch wenigstens bedacht sein, den gegenwärtigen Besitz zu erhalten. Unter keinen Umständen läßt es sich aber aus wirtschaftlichen, sozialen und politischen Gründen mit den Interessen der Allgemeinheit vereinbaren, diesen staatlichen Waldbesitz durch Verkauf an privaten Großgrundbesitz zu verringern. Es wird höchste Zeit, Vorkehrung zu treffen, um die Wiederholung derartiger Fälle in Preußen zu verhindern.

Demokratische Entschließung zum Reichsschulgesetz.

Die demokratische Reichstagsfraktion hat in einer Entschließung zum Reichsschulgesetz wie folgt Stellung genommen: „Die deutsch-demokratische Reichstagsfraktion steht dem bisherigen Ergebnis der Verhandlungen im Bildungsausschuß über das Reichsschulgesetz mit äußerster Beharrlichkeit gegenüber. Der § 1 des Gesetzes gibt in der jetzt angenommenen Fassung die Staatsbefugnis über die Schule preis, indem er den Staat auf das Auftrittsrecht nach Art. 120 der Reichsverfassung befähigt, und eine selbständige Aufgabe der Schule neben der elterlichen Erziehung nicht anerkennt. Die damit ausgesprochenen Tendenzen, an die Stelle von Staat und Gemeinden als den bisherigen entscheidenden Instanzen für die Gestaltung der Schule kulturpolitische Parteien von „Erziehungsberufenen“ zu setzen, wirkt sich auch in den folgenden

Paragrafen aus. Die Beschlüsse über die Bekennnisschule, vor allem der Beschluß, die Schulen nicht nur nach der Konfession, sondern auch nach den bei beantragenden Gruppen zu benennen (wie z. B. „lutherisch“, „reformiert“ usw.), charakterisieren die künftige Volksschule noch mehr als die Reglementierung als Kirchenschule und wirken als der preussische Volksschule in die Zukunft vor dem Volksschulunterrichtsgesetz juristisch. Die demokratische Partei steht mit äußerster Beharrlichkeit um das Schicksal der deutschen Volksschule wie Schritt für Schritt durch die Mehrheit der Regierungsparteien ein Gesetz zustandekommt, das die Volksschule dem Staate entzieht und den professionellen und politischen Parteien überantwortet. Sie spricht die Hoffnung aus, daß alle liberalen und nationalen Kreise des deutschen Volkes diese Gefahr noch rechtzeitig erkennen und durch ihren entschiedenen Protest den verhängnisvollen Fortgang der Verhandlungen aufhalten und die deutsche Volksschule vor dem Schicksal der inneren und äußeren Zerstückerung bewahren werden.“

Ein deutscher Fiskusprophet

Ein Prinz als Waldwächter.

Eine eigenartige Rolle spielt der Prinz Eugen von Anhalt, der auf seiner Domäne in Siemthim im Kreise Jerbit die Anordnung zum Wiederanschlag eines ganzen landwirtschaftlich außerordentlich wertvollen Waldes gegeben hat. Um diesen Wiederanschlag zu verhindern, hat sich im Interesse des Landes sofort das Anhaltische Staatsministerium mit der Angelegenheit befaßt und hat zu diesem Zwecke eine Novorderordnung erlassen. Der anhaltische Landtag hat nunmehr diese Anordnung sanktionieren müssen und bei einer Beratung hat sich ergeben, daß sogar ein Führer des Landbundes in Anhalt das Vorgehen des Prinzen auf das schärfste beurteilt. Der Landbundesführer brachte zum Ausdruck, daß seine politischen Freunde es außerordentlich bewundern, daß ein Großgrundbesitzer aus dem früheren herzoglichen Hause die Verantwortung für eine Novorderordnung gegeben habe, die ein sinnloses und standaldisches Vorgehen verhindern soll. Prinz Eugen von Anhalt ist in seiner Heimat zur Genüge bekannt. Man weiß dort auch, daß es nicht lange mehr dauern wird, und der Prinz hat sein letztes Haub und Gut veräußert.

Parteinachrichten.

Herr Leopold!

Halle. In der Nr. 32, Jahrgang 1925 d. W. brachten wir einen Bericht, in dem a. a. nachgewiesen wurde, daß der Abg. Leopold ein deutschnationales Büro zwecks Erlangung amtlichen Materials zur politischen Aufklärung der Barmer Angelegenheit in Berlin finanziert und auch Verbindungen mit dem in derselben Sache bloßgestellten Ministerium unterhalten habe.

Der Abg. Leopold bestritt damals diese Behauptungen. Vor dem Untersuchungsausschuß machte aber Ministerium nachstehende Aussagen:

1. Die deutschnationale Partei habe das Büro, dessen Leitung angeblich ein Herr Knoll gehabt habe, finanziert und die Staatsanwaltschaft habe sich dieses Büros bedient. Er, Knoll, habe davon gewußt und habe auch keinen Anstoß an dem falschen Namen, den Knoll geführt habe, genommen. Er gebe auch zu, daß dieser Knoll in der Wahl seiner Mittel nicht wahllos gewesen und Wege gegangen sei, die ein Staatsanwalt nicht wissen dürfte.

2. Mit dem Abg. Leopold habe er dessen Artikel eingehend besprochen. Im Frühjahr sei der Abg. Leopold auch zweimal an ihn getreten, ob er ihn nicht informieren wolle. Zweimal habe er das abgelehnt, sich dann aber mit dem Abg. Leopold in Verbindung gesetzt und manches an den Abg. Leopold weitergegeben.

Jetzt ist durch den Generalstaatsanwalt beim Landgericht I in Berlin in einem Schreiber der finanzielle Zusammenhang zwischen dem Abg. Leopold und dem betreffenden Leiter des deutschnationalen Büros namens

Knoll erneut festgestellt worden. Der wesentliche Abschnitt des Schreibens des Generalstaatsanwalts lautet nämlich: Knoll berichtet bei seiner persönlichen Bekanntschaft, daß er von Bameister keinen Auftrag erhalten habe, ein politisches Büro einzurichten, und bestreitet nach Vorbehalt des Zeitungsaufsatzes, daß er kein Büro von Bameister finanziert worden seien. Nur von Leopold habe er Zuwendungen erhalten.

Wohler dieses vom Abg. Leopold hergegebene Geld stammt, ist leicht zu erraten. Und ebenso unzweifelhaft ist auch der Zweck, zu dem das Geld hergegeben wurde, ersichtlich. Korruption ist so etwas aber nach deutschnationaler Auffassung beileide nicht!

In anderem letzten Artikel von Edward May ist in dem Abschnitt „Kreuzer Berlin“ ein Schlußwort verbrochen worden. Wir lassen den Abschnitt nochmals folgen:

Kreuzer „Berlin“.

Der Kommandant der „Berlin“ trifft auf telegraphischen Befehl Dr. Heglers am 19. Dezember in Berlin ein, um sich wegen der Vorgänge beim Besuch des Prinzen Heinrich zu rechtfertigen. Man soll gerade von anderem Standpunkt aus das Geschehene sehr ruhig und nüchtern beurteilen. Daß der Kommandant einen einflüßigen Korrespondenten privatim eingeladen hat, kann keinen Anstoß erregen, nachdem auch am Hofenreich anfänglich die 80. Generalsitzung des Reichspräsidenten die Marschälle und Generale der alten Armee teilgenommen haben. Wir haben gegen die Aufrechterhaltung alter Beziehungen nichts einzuwenden, sie können vielmehr sogar dazu führen, daß mancher Vertreter der Vergangenheit zuliebt und sieht, daß die Republik in dieser Hinsicht Glanzendes geschaffen hat. Uns sind sogar solche Meinungen bekannt. Aber die Voraussetzung bleibt immer, daß die Gäste den nötigen Takt aufbringen, und daran fehlt es in ganz bedeutendem Maße. Der oberste Kriegsherr ist ihnen darin mit schlechtem Beispiel immer vorgegangen. Takt war eine Eigenschaft, die weder beim Kaiser, noch bei seiner Umgebung sonderlich hoch entwickelt war. Wenn man auch seinen Bruder nicht mit ihm vergleichen kann, wenigstens nicht, was die geistigen Fähigkeiten anbelangt, die man Wilhelm II. immerhin zugeteilt hat, obwohl er sie falsch anwandte, so ist er doch in dieser Richtung durchaus ebensüchtig. Wir werden ja über manche Dinge jetzt Klarheit bekommen. Wenn er im Nachhinein in Kiel eine Militärtafel zwang, „Heil Dir im Siegertranz“ zu spielen, so haben wir über Gesandnis mit ihm nicht zu rechnen, ein Hofsozialer sollte besser von Vorberatern nicht reden. Im privaten Kreise mag diese Selbstverpottung hingehen, daß man aber Männer zur Bekämpfung ihres Dientleibes zwingt, ist ein Skandal, der Sühne fordert. Am schlimmsten ist die Anprangung auf dem Kriegsschiff der deutschen Republik. Damit hat der Prinz auch nach Ansicht des Reichministers die ihm gebotene Jurisdiktion überschritten. Der Kommandant, der das zuließ, muß entsetzt werden. Sollten sich etwa Überlebende dagegen in den Reihen der Marine regen, so wird hoffentlich mit eisernem Besatz angehalten werden. Wer das nicht als eine Herausforderung allerersten Ranges empfindet, ist sich über die Bedeutung seines Tides offenbar nicht klar.

Merschburg. Der Kreisverein der D. D. P. beruft für Sonntag, den 8. Januar, vormittags 10 Uhr im Ratskeller in Merschburg einen

Kreisparteitag

mit folgender Tagesordnung ein:

1. Die bevorstehenden Kommunalwahlen.
2. Reichs- und Landtagswahlen.
3. Organisation.
4. Verschiedenes.

Wegen der in Kürze stattfindenden Wahl ist das Erscheinen sämtlicher Mitglieder der Ortsgruppe und Vertrauensleute dringend notwendig. Auch die Mitglieder des geschäftsführenden Vorstandes in Halle werden hiermit freundlichst eingeladen. Den Punkt 3 der Tagesordnung behandelt der Geschäftsführer des Wahlkreisverbandes Dornblüth.

Sangerhausen. Freitag, den 6. Januar 1928, Mitgliederversammlung. Bericht des Vorstandes über das bisher

in der Vorbereitung Erreichte. Vorbereitung des parteilosen und einer öffentlichen Verammlung. 1. des Geschäftsführers Dornblüth-Balle über „Die und die kommenden Wahlen“.

Delitzsch. Ortsgruppe der D. D. P. Sonntag, 14. Januar 1928, Geschäftsversammlung. Nachsammlung erfolgt nach.

Holzschelja. Ortsgruppe der D. D. P. Sonntag, 21. Januar 1928 öffentliche Verammlung. Der wird noch bekannt gegeben.

Das Beamtenprogramm der Deutschen Demokratischen Partei.

Die Beamten sollen getreu ihrem Dienst Organ des Staates ihre ganze Kraft in den Volksgemeinschaft stellen und durch vorbildliche Haltung von Befehl und Gehor den neuen Volksgesetzlichen, die sozialen Gegensätze ausgleichenden und wahren Volksgemeinschaft fördern.

Die gesamte öffentliche Verwaltung ist einfach und übersichtlich zu gestalten. Sie soll den Bau und die Tätigkeit ihrer Behörden vollständig halten, das Vertrauen der Bevölkerung gewinnen und die noch vorhandenen verlassenswerten Gegenstände zwischen den Behörden und der Bevölkerung schaffen.

Die Verwaltung erfolgt durch Berufsbeamte. Die Reichsverwaltungs- und Berufsbeamten, einschließlich der Reichsbehörden, der Lehrer und der höheren der öffentlichen Polizei, werden auf ihrer rechtlichen Grundlage aufgebaut und sind reichlich zu regeln, und zwar nicht in Entwidlung arbeitlicher Grundbesitz, sondern im Rahmen des Staatsverwaltungsrechtes.

Die Anstellung aller Beamten geschieht auf Lebenszeit. Ihre wohlverordneten Rechte, insbesondere auch Ruhegehalt und Hinterbliebenenversorgung auf Grundlage der Beiträge der im Dienst befindlichen Beamten, sind zu wahren. Eine Trennung zwischen Hebes- und Betriebsbeamten darf nicht erfolgen. Weiblichen Beamten sind den männlichen gleichgestellt. Die Rechte der Beamten als freie Staatsbürger, Einschluss des vollen Vereinsrechts und Verbandsrechtes, sind zu erhalten und zu sichern. Zur Vertretung der persönlichen Angelegenheiten der Beamten sind amtenvertretungen zu schaffen.

Den Beamten ist eine ausreichende Bezahlung zu gewährleisten, die ihnen wirtschaftliche Selbstständigkeit, Unabhängigkeit sowie angemessenen Anteil an den Fortschritten des Volkes sichert.

In allen Verwaltungen sollen Anstellungen auf Förderung unter Berücksichtigung der Lebensleistung und des Dienstalters ausschlaggebend von der persönlichen Tätigkeit und den Leistungen des Beamten abhängig sein. Leistungsfähigen Beamten ist ein Aufstieg zu gewähren. In die Stellen der höheren Beamten und der Personalreferenten dürfen nur Persönlichkeiten berufen werden, die überzeugte Träger der verfassungsmäßigen republikanischen Staatsform sind und sich für diese bewußt und tatkräftig einsetzen.

Die Bildungsbefreiungen der Beamtenpflicht vom Staate zu unterscheiden und zu fördern, die besten Fortbildungsmöglichkeiten sind zu erweitern, bei der die volle Selbstverwaltung der von der Berufung geschaffenen Bildungseinrichtungen aufrecht erhalten.

Vergleiche dieses Programm mit dem Verhalten derer Vertreter in den getragenen Körperschaften der Beamten ist erbracht, daß keine politische Partei für die Erhaltung der Rechte des Berufsbeamten eintritt und eingestuft hat, die die Deutsche Demokratische Partei.

Anm.: Im Gegensatz zur Ansicht der Vertreter und An der letzten Reichstagsperiode vertritt die D. D. P. den Punkt, daß das wohlverordnete Recht auf Ruhegehalt, das die Ruhegehalt vor, seit den jeweiligen Gehältern der aktiven Beamten anzupassen sind.

Für die Schriftleitung verantwortlich: J. Dornblüth, Halle. Druck und Verlag: Hugo Alpers, Delitzsch. Gelesen und hatte sie zusammenbauen helfen. Das war seine Gewohnheit. Schon bald ritt er an der Spitze eine kleine, dann beschickte er eine Brigade, und als er es als die Schlacht schon beinahe bestritten war, in furchigen greifen den Tieren, so daß sie verlor, daß sie das nicht wieder begeben konnten, hatte er dem Kaiser die Ehre. So sahen und wußten die beiden Freunde weitaus mehr überbringen können.

Hermann Vöns' Jugendzeit.

Von Ernst Vöns.

Hermann Vöns, der Dichter, der 1914 den Tod vor Weims fand, hat wenig biographisches Material hinterlassen, da er die Eigenheit hatte, alle an ihn gerichteten Briefe zu verbrennen. Nur jemand, der ihm persönlich sehr nahe stand, war darum in der Lage, ein Bild des Dichters und des Menschen zu zeichnen. Ernst Vöns, der Bruder des Dichters, hat es unternommen, die Jugendtage von Hermann Vöns zu schildern. Das Buch liegt jetzt vor („Hermann Vöns' Jugendzeit“). Erzählt von seinem Bruder Ernst Vöns, Verlag von Wilhelm Köhler, Bielefeld i. W., Nr. 2550). Mit Genehmigung des Verlages veröffentlichten wir nachstehende Abschnitte.

Hermann Vöns war bereits vierzehn Jahre alt und besuchte die Untertertia, Pfiffend und Johnson, seine großen Freunde. Beiden knüpfte das Vertrauensverhältnis hinter sich und weichen auf der Universität. Von seinen sonstigen Freunden waren einige aus Deutsch-Stone fortgezogen, andere waren in das „Elegante“ Aller gekommen, trugen modische Kleidung, Sportkleidung, trugen Zigaretten- und modischen Zigarettenhalter, den Hof. Das war ihm so, aber darum folgte er sich gegen seinen Freunde Leo Weimann an, der so ganz sein Schicksal war. Der in Kleidung und Sitte, wettmachte mit häßlichen Mustern und von dem gleichen Darle nach den Geheimnissen der Naturwissenschaften besetzt wie er. Stambulung trieben sie sich in der Umgebung umher, und bald gab es keinen Ruf und Wald, seinen Wasserlauf und See, der ihnen unbekannt gewesen wäre. Sie waren vertraut mit dem gesamten Tierleben, das sich in Moor und Seide, Wusch und Wiesel absprach. Hermanns geistiges Ohr unterließ bald jeden Vogelruf und den Schrei der Vögel. Mit Lippen und Händen mußte er bald alle diese Naturlaute täuschend nachzuahmen. Stierdreck gelang es ihm oft, die Tiere anzulachen oder sie doch zu veranlassen, daß sie selbst nicht so veranlassen und ihre Vogel beschreiben und aus unmittelbarer Nähe beobachten als alle ihre Schulfameraden.

Inzwischen war Hermann zu einem schmucken Jüngling herangewachsen. Sein Kopf die flotte Schüllemühe auf dem rechten Ohr und ließ seine blonden Locken fallen. Reithlich sauber und gekleidet war die Kleidung, in der er sich umgibt, aber nie fiel er, wie so manche seiner Kameraden, in auffällige Kostüme. Wenn er schlief und febernd durch die Straßen ging, schaute manches Mädchen, das einen Kopf trug, hinter ihm drein. Er machte sich aber nichts daraus und sah es nicht zu bemerken. Wenn die Mädchen in lauter Bitterkeit von ihren Erlebnissen bei den „Weibern“ sprachen, so lachte er darüber. Sie kamen ihm aber vor, die heimlichen Selbstlächer, von denen sie soviel Wesens machten, und er amüsierte sich über die höflichen Werke, worin die schamhaften Mädchen ihren Perseusdämonen sich zu zeigen legten. Er machte ja auch Gedichte, aber das brauchte keiner zu wissen, denn sie waren anderer Art. Rächerlich, diese Judentrauerpoesie, die die vertriebenen Jungen verpackten. Seine Stoffe waren gewaltig. Aus dem Loben der Wände, wenn sie über die Seide brachten, aus den heimlichen Wänteln am flackernden See, aus Mädelchen und Mädelchen formten sich viele Werke. Ja, so wie die große Dichterin der mittleren Jahre, Annette von Droste-Hülshoff, deren Gedichte aus Wänteln Dichterei er immer wieder mit heiserer Stimme hatte, machte er auch immer wieder kommen. Das war Gott und Kraft dem und sein solch weibliches Liebesgewinnel.

Wie die Umkleo oft in ihm mußte. Was war es nur, was ihm seine Ruhe gab. Es schien manchmal, als wenn er die Umkleo des heimlichsten Lebens nicht mehr entgegen konnte. Dann hätte er hinausfinden mögen, irgendetwas hin in die weite Welt, so wie der Naturgenosse es getan hatte, von dem die Mutter ihm einmal erzählte. Der hatte auch nicht so Hause kommen können, was eines Tages, als er kaum sechzehn Jahre alt geworden war, war er verschunden gewesen. In anschließenden Fußmärschen hatte er sich bis nach Oesterreich durchgeschlagen und sich endlich als Trojungeheim heimlich zurück anwerben lassen. Satt war das Leben gewesen und voller Geschehnisse, so es apertur in ihrer Jugend es noch oft zuzugewandt der hatte sein Werk verbrochen. Mit dem rechten Säbel in der Hand, die Pistole in der Hinter, war er gegen die Türken

Politischer Wegweiser

Mitteldeutsches Wochenblatt für Freiheit und Vaterland

Streiks, höhere Gewalt und Betriebsführung erlauben den Verlag von der Haftung für Verdrögerung und Entschädigung.
Verlag: Verein der Deutschen Demokratischen Partei, Halle (Saale), Gr. Brauhausstraße 30
Schriftleitung: Halle (Saale), Gr. Brauhausstraße 30. Fernsprecher Nr. 1277

Anzeigenpreis: Für die letzte Seite: 10 Mark. Für die übrigen Seiten: 5 Mark. Anzeigenannahme durch den Verlag des Politischen Wegweisers, Halle (Saale), Gr. Brauhausstraße 30.

nummer 52

Halle (S.) 24. Dezember 1927

3. Jahrgang

Verwaltung und Verfassung

Die Konferenz der Länder

Der allgemeine Ruf nach einer Reform der Verwaltung, der übrigens nur für einen Teil der Forderungen zugleich das Verlangen nach einer Verfassungsänderung hat, das Reichsministerium des Innern, eine Konferenz der Ministerpräsidenten und Staatspräsidenten der Länder nach Berlin einzuladen. Es geht noch nicht mit Sicherheit fest, dass die Konferenz tatsächlich schon Mitte Januar stattfinden wird. Aber das ist auch gleichgültig, denn nur äußerster Optimismus kann erwarten, dass diese Besprechung sofortige Ergebnisse zeitigen wird. Bei näherer Betrachtung darf man nicht vergessen, dass die jetzige Regierung das so ungenügend wie nur möglich ist. Es gab wohl Zeiten, denen sich das Zentrum mit dantesker Entschlossenheit den Einheitsstaat einlegte. Sie liegen noch gar nicht lange hinter uns und sind doch schon vergangen. Wie München klingt es, daß einmal die Parteien der Weimarer Koalition Preußen seine eigene Verfassung geben wollten, weil sie damals, es war 1919, gemeinlich der Ansicht gewesen sind, daß dieser große Staat sehr bald in sich aufgehen werde. Das Zentrum unterließ sich in dieser Forderung nicht mehr von den Sozialdemokraten. Heute warnt kein Führer, der Rheinländer Dr. Hess im selben Maßstab die Demokraten, eine solche Wahlreform anzubringen. Sie würde mit der restlos scheitern. Auf das Zentrum nicht zu rechnen. In es fest noch weniger denn je, um die Weimarer auf die Bawerische Volkspartei hat den Verfallismus oder lagen vor ganz ruhig, und die Deutschnationale Partei freilich aufzulassen lassen. Ein Groß-Preußen wäre ihnen erwünscht, eine Verfassung zwischen dem Reichspräsidenten und dem Preußen. Es anzuschließen, der eigene dazu geschaffen werden müßte zwischen dem Reichspräsidenten und dem Preußen Ministerpräsidenten, wobei selbstverständliche Voraussetzungen sind, daß die Funktion wieder da ist in die Hand bekommen.

Das gelähmte Preußen

Der Braun ist willig, das haben auch noch seine letzten Reden gezeigt und Herr Köpfer-Wolff hat in seiner Rede erst recht dem Einheitsstaat den Weg gewiesen. Aber er hat nicht allmählich. Mit ihnen im Kabinett sitzen die Vertreter des Zentrums, die sich arg gewandelt haben, und will man die Weimarer Koalition nicht gefährden, bleibt kaum etwas anderes übrig, als die eigenen Kräfte, so wie sie in der Schlußphase zu liegen, so wie sie am tiefsten ist, sich selber auf bessere Zeiten zu verlassen. Möglich, daß auch einmal im Zentrum der Wind wieder umdringt, aber vorläufig heißt es auch hier: Hoffet alle Hoffnung ihren Mund noch ihren Preußen besetzen, die Führung in ihren Kampf zu übernehmen. Als größter Staat gibt er in seinen auf, wenn er sich mit dem Reich vermischt. Er bringt die Opfer, wie er sie immer gebracht hat. Nicht haben, das am lautenst schreit, und dabei mit seinen sieben Millionen Einwohnern nur ein Sechstel dessen zu verlieren, als was Preußen preiszugeben würde. Gewiß werden sich viele Länder finden, die sehr dringend die Vereinheitlichung fordern. In erster Linie Hessen, dann Hamburg und die kleinen. Aber ihre Stimmen dringen sicherlich nicht durch. Die Konferenz der Länder wird ohne Ergebnis enden. Wahrscheinlich bleibt, daß man vor den Wählern sich den Anschein gegeben hat, als ob man etwas täte. Einige papierne Resolutionen, die niemandem wehe tun, einige Unterausschüsse, die ihre Arbeit paratim über Jahre verteilen. Die Entwicklung geht trotzdem weiter. Wohin, wissen wir allerdings heute noch nicht.

Groß-Preußen

Die Sozialdemokratie Preußens drängt offensichtlich auf die Vergrößerung des eigenen Staates, um so allmählich auch die Süddeutschen zum einheitlichen Reich zu bringen. An sich ist der Gedanke durchaus tragbar. Nimmt Preußen all die Kleinststaaten, die in ihm eingeleitet sind, dessen, Sachsen und Thüringen in sich auf, dann bliebe Süddeutschland ein Anhang ohne nennenswerte Bedeutung. Aber gerade das ist es, was man sich in Stuttgart und Karlsruhe nicht minder häufig als in München träumt. Man darf nicht vergessen, auch die reichsdeutschen Elemente dort unten lieben Preußen nicht. Eine Abneigung aus alter Zeit und eine Erbfeindschaft der monarchischen Vergangenheit, die man leider noch immer nicht liquidiert hat. Auch Stammesgefühl wirkt sich aus. Der deutsche Osten mit seinem starken slavischen Einschlag trennt sich von dem romanisch germanischen Westen und Süden. Auch der Rheinländer hat sich immer nur als Ruhrpreuße gefühlt. Damit man sich abzufinden. Bessere gegenseitige Kenntnis würde Brücken schlagen, sie jedoch fehlt, und wird auch in Zukunft fehlen. Interessanter scheinen den Hader. Namentlich die Beamtenschaft, die nicht von Berlin aus regiert werden will und dabei vergißt, daß in den Reichsämtern nur wenige

Altpreußen sitzen. Die schlimmsten Bürokraten entstammen nicht einmal den Gebieten der Ober und Elbe. So wird ein Großpreußen zu fast jeder Unmöglichkeit. Die alte Mainlinie würde sofort wieder lebendig werden. Selbst Herr Klemme, bawerischer Staatspräsident, und Führer der Sozialdemokraten hat sich erst kürzlich mit leidenschaftlicher Entschlossenheit für die Eigenart seiner Schwarzwaldeimat ausgesprochen. Wer den Einheitsstaat will, muß andere Wege wählen. Und sie ist für uns in der Verwaltungsreform vorzeichnet.

Die deutsche Wirtschaft

Die Eigenverbände der deutschen Wirtschaft haben vor wenigen Tagen in einer gemeinsamen Rundgebung das Finanzproblem von sich aus herabgeholt angegriffen und eine Reihe von Forderungen aufgestellt. Man braucht sie nicht bedingungslos zu unterschreiben, und darf sie doch begrüßen, weil sie der Erkenntnis von der Notwendigkeit einer Vereinheitlichung entspringen. Das sie verlangen, ist zunächst eine Art Finanzdiktator. Beschäftigt genug, daß sie dort beginnen, wo sie selbst am meisten leiden. Der Steuerdruck erhöht die Konsumtion auf dem Weltmarkt. Mit der Abschaffung einiger Ministerien und Parlamente ist übrigens nicht viel getan. An dem neuen Milliarden Etat des Reiches, zu dem noch die Milliarden der Länder und Gemeinden kommen, werden Minister in nennenswerter Höhe nicht erfolgen, wo man einige Ministerien und Parlamente beseitigt. Etwas anders heißt es mit dem Vorrecht des Finanzministeriums gegen Erhöhung von Ausgabenstellen oder Neueinsetzung von feststehenden Bestimmungen. Preußen hat in der Vergangenheit etwas ähnliches getan, nur konnte sich kein Finanzminister immer hinter dem König verbergen. Heute in den Tagen des parlamentarischen Systems ist das anders. Der Minister ist Parteimitglied. Darin liegt die Begrenzung. Willkür verdrängen wir uns von dem Reich nicht, wohl aber von dem Gedanken, der auch angeregt wurde, der Bewilligungsfreudigkeit dadurch einen Damm zu setzen, daß wir jedes hinausgehen über den vorgeschlagenen Etat eine zwei Drittel-Mehrheit notwendig ist. Auch die Anregung, für die Verwaltungsreform ein eigenes Gremium zu schaffen, das unabhängig das Notwendige verfügt, ist dantesker. Gerichte wollen wissen, daß auch das Kabinett ähnliche Erwägungen anstellt. Von den Vorschlägen, die dort offenbar gemacht worden sind, scheidet ein Kreis von Parlamentariern ohne weiteres aus. Die Parteien sind von ihren Wählern abhängig, und zu diesen Wählern gehören auch die Männer, die abgelehnt werden müßten. Ebenso halten wir vor Reichskabinett als höchste Instanz nicht viel. Aus gleichem Grunde. Dann soll man lieber Männer des allgemeinen Vertrauens aus der Verwaltung der Wirtschaft und den sonstigen öffentlichen Leben dazu bestimmen, und mit Vollmachten versehen, die der Reichstag in weiter Selbstbeschränkung geben würde. Wenn aber die Wirtschaft fordert, dem Sparministerium größere Befugnisse einzuräumen, so lehnen wir das ab. Diese Behörde hat bisher nur gestiftet, aber nichts geschaffen.

Die Verwaltungsreform

Das Wichtigste erscheint uns eine Reform an Haupt und Gliedern in der Verwaltung. Sie ist unbedingte Notwendigkeit. Was jede Staatsfreudigkeit bei uns erstickt, was kostspielige Aufgaben hervorruft, und zu gegenseitiger Lähmung der Lenker führt, ist der Bürokratismus, der sich breit macht. Die heutigen Zustände wirken geradezu lächerlich. Kein Regierungspräsident kann in seinem Amt auch nur eine Scheuerfrau anstellen, ohne die Genehmigung des Ministers nachzuweisen, jede zerbrosene Fensterhebel beschäftigt den Finanzgenuss zweimal hinauf und zweimal hinunter. Ein kleiner Neubau verlangt unbedingt, daß drei Ressorts ihre Sachverhalte entsenden. Jedesmal mit Eisenbahnfahrt und Zagespesen. Nur ein Beispiel, das für sich in der Öffentlichkeit Aufsehen erregte. Auf einer staatlichen Domäne rief der Sturm sechs angefaulte Pappeln an. Der Richter meldete das pflichtgemäß. Wieder der Finanzgenuss und schließlich die Entscheidung, die Räume haben der nächsten Fortverwaltung zur Verfügung gestellt zu werden. Diese fuhr sie ab und ließ sie öffentlich als Brennholz versteigern. Ertrag 2,50 M. abzüglich 12.— M. Fuhrlohn und die Portofolien, so daß dem Staat ein Reingewinn von minus 11.— M. erwuchs. So geht es immer. Wer glaubt, daß der Einheitsstaat damit aufwärts, irrt sich. Man würde vermuthlich zunächst ein Ministerium für Vereinheitlichung gründen. Was wir brauchen, ist eine Vereinigung des Bürokratismus. Dadurch, daß man den einzelnen Behörden die Rechte erweitert und die mit einer Verantwortung belastet, die heute immer auf die nächsten Vorgesetzten abgewälzt wird, die sie dann wieder an das Ministerium weiterleiten. Die Post ist darin vorangegangen, und das wollen wir ihr danken. Ihre Direktoren haben bereits ein gewisses Befugnisrecht, das sich durchaus bewährt.

Der Einheitsstaat

Sollen wir nun auf den Einheitsstaat verzichten? Mit nichten. Er bleibt das große Ziel, dem wir zutreiben. Aber erst müssen seine Grundzüge festgelegt werden. Mit Recht hat die demokratische Partei immer in den Vordergrund die Frage der Dezentralisation gestellt. Die Selbstständigkeit der Gemeinden und Kreise muß größer werden. Sie selbst haben zu entscheiden, was ihnen nicht ist und nicht der grüne Tisch in Berlin. Ein Weltreder würde gar nichts schaden, auch wenn hier und da einmal eine Entgleisung vorkommt. Das zweite ist die Vereinigung der Entlasten, von denen es über 100 gibt. Preußen regiert das in Württemberg eingeschlossene Hohenzollern, Brandenburg einige Ostpreußen und Mecklenburg am Rügen. Braunschweig ist völlig zerstückelt, so daß sich niemand mehr in seinen Grenzen auskennt. Hessen zerfällt in zwei Teile. Und die dritte Forderung ist Zusammenlegung wirtschaftlich gleichartiger Gebiete. Anhalt und Braunschweig gehören zur Provinz Sachsen und Hamburg der Ostsee. Niederlande ist, wie Bremen und Oldenburg ihren Zusammenhang mit Hannover gar nicht lösen dürfen. Bei der Schaffung der Landesparlamente hat man den ersten Versuch gemacht. Ein Sturm der Entrüstung wurde ermarket, es ist nur ein schwaches Entschließen geworden. Und dabei gehören zum Amt Stuttgart nicht nur Württemberg, sondern auch Baden und die Pfalz. Auf diesem Wege muß es weiter gehen. Man soll dem Einheitsstaat weniger reden, aber umso jähler auf ihn hinwirken. Man soll Deutschland so verwalten, als wenn es bereits seine Länder mehr hätte. Dann werden diese eines Tages von selbst an ihrer Unerfüllbarkeit zugrunde gehen.

Die Reichsverfassung

So erblickt auch eine Abänderung der geltenden Bestimmungen wäre, erweist sie doch hoffnungslos. Eine zwei Drittel-Mehrheit ist dafür nicht aufzubringen, weder in diesem, noch in kommenden Reichstage. Die Schwierigkeiten werden beginnen, sobald ein Land, wie jetzt Hessen, im Reich, aufgehen will. Das ist nicht möglich. Artikel 18 gestattet nur das Aufgehen in einem anderen Lande oder in eine neue Selbstständigkeit. Und daran wird sich festgehalten werden. Internämie man aber selbst diesen Schritt, so werden die Wähler bestimmen dieses Landes Gegenstand der Wahl zu sein. Das Reich? Der Staat? Das man sich immer rief, weder eine der Wahlen in der Erhöhung der Zahl der Abgeordneten auf 80 000. Sie vergrößern, aber anzusehen, dem Gegebenen, dem Maß.

xrite colorchecker CLASSIC

1928

„Deutscher Autoclub“

Für die Reichsarmee Schwarz-Rot-Gold.
Unter dem Namen „Deutscher Autoclub“ hat sich in Berlin eine neue Organisation der Automobilfahrer gebildet. Der „Deutsche Autoclub“ will keine Kampfgesellschaft gegen die bereits bestehenden Clubs sein, er verfolgt auch keinerlei politische Tendenzen. Er betrachtet es lediglich als seine besondere Aufgabe, für die Würde und Achtung der deutschen Reichsarmee im In- und Ausland einzutreten, eine sportliche und nationale Pflicht, die für alle Automobilclubs der ganzen Welt selbstverständlich ist. Neben wirtschaftlichen Vorlesungen will der „Deutsche Autoclub“ seinen Mitgliedern sportliche und gesellschaftliche Veranstaltungen bieten. Anfragen und Beitrittserklärungen sind an Reichsautoclub Dr. Arthur Brandt, Berlin W. 50, Tauentzienstr. 12a, zu richten.

